

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 3. Februar 1988

am Donnerstag, dem 4. Februar 1988

Verzeichnis der Fragesteller

<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Büchler (Hof) (SPD)	36, 37	Dr. Lippelt (Hannover) (DIE GRÜNEN)	22, 23
Büchner (Speyer) (SPD)	53, 54	Lutz (SPD)	38, 39
Frau Bulmahn (SPD)	2, 3	Müller (Düsseldorf) (SPD)	20, 21
Frau Dr. Däubler-Gmelin (SPD)	9	Frau Oesterle-Schwerin (DIE GRÜNEN)	6, 7
Dr. Daniels (Regensburg) (DIE GRÜNEN)	24, 25	Pauli (SPD)	11, 12
Frau Dr. Dobberthien (SPD)	30, 31	Schäfer (Offenburg) (SPD)	14, 15
Dörflinger (CDU/CSU)	56, 57	Schily (DIE GRÜNEN)	32, 33
Frau Ganseforth (SPD)	41, 42	Schmidt (Salzgitter) (SPD)	47, 48
Gansel (SPD)	10, 46	Schreiner (SPD)	43, 44
Dr. Glotz (SPD)	28, 29	Schütz (SPD)	13
Frau Dr. Hartenstein (SPD)	16, 17	Stiegler (SPD)	1, 8
Hiller (Lübeck) (SPD)	40, 55	Verheugen (SPD)	34, 35
Frau Hillerich (DIE GRÜNEN)	4, 5	Dr. Weng (Gerlingen) (FDP)	62
Klein (Dieburg) (SPD)	51, 52	Frau Wieczorek-Zeul (SPD)	45
Dr. Klejdzinski (SPD)	58, 59	Dr. de With (SPD)	26, 27
Lambinus (SPD)	49, 50	Frau Wollny (DIE GRÜNEN)	18, 19
Leidinger (SPD)	60, 61		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft	3
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	4
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft.	5
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit.	5
Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	5
Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen	7
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes	8
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	9
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	10
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	11
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung.	12

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

1. Abgeordneter
Stiegler
(SPD)
Hat der Bundeskanzler mit seinen Gesprächspartnern in der CSSR für den Ausbau der Autobahnverbindung zwischen Prag und Nürnberg einen Zeithorizont ins Auge gefaßt, und ist dabei auch über die Absicht gesprochen worden, eine Ortsumgehung des Grenzübergangs Waidhaus dadurch zu erreichen, daß schon vorab ein neuer, im Zuge der künftigen Autobahntrasse liegender Grenzübergang bei Waidhaus geschaffen wird?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

2. Abgeordnete
Frau Bulmahn
(SPD)
Wie hat sich das Verhältnis der indirekten zu den direkten Fördermaßnahmen des Bundes zur Förderung ziviler Forschung und Entwicklung in der gewerblichen Wirtschaft seit 1978 entwickelt?
3. Abgeordnete
Frau Bulmahn
(SPD)
Wie wird sich dieses Verhältnis im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung bis 1991 entwickeln?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

4. Abgeordnete
Frau Hillerich
(DIE GRÜNEN)
Was autorisiert das offizielle Informationsorgan des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft dazu, über die schon sehr breite Darstellung der vielfältigen dienstlichen wie privaten Aktivitäten Herrn Möllemanns hinaus, die Öffentlichkeit über die „weiteren wesentlichen Beiträge des jüngsten Mitglieds des Bundeskabinetts zur Karnevalssession“ (Presseinformation des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft vom 15. Januar 1988) zu unterrichten?
5. Abgeordnete
Frau Hillerich
(DIE GRÜNEN)
Könnte sich die Bundesregierung im karnevalistischen Überschwang dazu entschließen, die für die Zeit in dieser Presseinformation genannten „Gerichtsverhandlung“ gegen Bundeslandwirtschaftsminister Kiechle ausgesprochene „Entpflichtung“ Herrn Möllemanns vom Amt des Bundesbildungsministers auf die gesamte Legislaturperiode auszudehnen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

6. Abgeordnete
**Frau
Oesterle-Schwerin
(DIE GRÜNEN)**
- Teilt die Bundesregierung die Ansicht, daß Homosexualität dann nicht als Sicherheitsrisiko anzusehen ist, wenn sich der oder die Betroffene zu seiner oder zu ihrer Neigung bekennt, und welche Auswirkungen hat dies auf den Umgang der Bundesregierung mit Homosexuellen, die in sicherheitsrelevanten Bereichen arbeiten, insbesondere im Hinblick auf den Umgang mit personenbezogenen Daten im Rahmen von Sicherheitsüberprüfungen z. B. des MAD und des Bundesamtes für den Verfassungsschutz und die Förderung bzw. des Umgehens mit dem Bekenntnis von schwulen und lesbischen Mitarbeitern/innen in Bundesbehörden und dem Bekanntmachen dieser Ansicht gegenüber allen Mitarbeitern/innen, die in Bereichen arbeiten, wo dies relevant werden könnte?
7. Abgeordnete
**Frau
Oesterle-Schwerin
(DIE GRÜNEN)**
- Teilt die Bundesregierung die Ansicht, daß die negativen Konsequenzen, die schwule Männer und lesbische Frauen bei einem Bekenntnis zu ihrer Homosexualität drohen (z. B. für den Verlust der Sicherheitsbescheide bei Offizieren, oder wenn ein Bekenntnis zur Homosexualität negative Auswirkungen auf die Karriere hat) dazu führen, daß Menschen ihre Homosexualität verbergen müssen, wodurch Sicherheitsrisiken unnötigerweise erst entstehen, und welche Initiativen gedenkt die Bundesregierung zu ergreifen, um die Befürchtungen des Betroffenen auszuräumen und durch klare Richtlinien die Betroffenen zur Vermeidung von Erpressungen und unnötigen Risiken zum Bekenntnis zu ihrer Homo- oder auch Bisexualität zu ermutigen?
8. Abgeordneter
**Stiegler
(SPD)**
- Hat der Bundeskanzler mit seinen Gesprächspartnern in Prag eine konkrete Vereinbarung über die künftige Erteilung von Visa an den Grenzübergängen von der Bundesrepublik Deutschland in die CSSR getroffen, und konnte er dabei auch zusichern, daß auf bundesdeutscher Seite Gegenseitigkeit gewährleistet ist?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

9. Abgeordnete
**Frau
Dr. Däubler-Gmelin
(SPD)**
- Trifft die Information zu, daß die Bundesregierung bis Ende Februar einen Gesetzentwurf vorlegen wird, in dem die wichtigsten Grundsatzfragen im Zusammenhang mit den neuen Methoden künstlicher Befruchtung und Eingriffe in Keimzellen beim Menschen (siehe z. B. Antrag der Fraktion der SPD – Drucksache 11/1662) geregelt werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

10. Abgeordneter
Gansel
(SPD)
- Wann entspricht die Bundesregierung der schriftlichen Bitte der Staatsanwaltschaft beim Landgericht Kiel vom 16. Oktober 1987, ihr den Wortlaut des Geheimschutzabkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Indien und anderer einschlägiger Texte zuzustellen, damit die mögliche Weitergabe von militärischen Geheimnissen von Firmen in der Bundesrepublik Deutschland an die Republik Südafrika überprüft werden kann?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit

11. Abgeordneter
Pauli
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß es irreführend ist, wenn es im 11. Änderungsgesetz zum Bundeskindergeldgesetz im eingefügten § 11 a in der Überschrift heißt „Zuschlag zum Kindergeld für Berechtigte mit geringem Einkommen“ und gleichzeitig davon auszugehen ist, daß fast 75 v. H. aller Kindergeldzuschlagsberechtigten gleichzeitig Sozialhilfeempfänger sind, die keine Einkommensverbesserung durch dieses Gesetz erfahren, da der Kindergeldzuschlag bei der Sozialhilfe angerechnet wird?
12. Abgeordneter
Pauli
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Bedürftigkeit der Kindergeldzuschlagsbezieher, die keine Sozialhilfe beziehen, und ist die Bundesregierung der Auffassung, daß es sich bei diesem Personenkreis, u. a. Selbständige, tatsächlich um Berechtigte mit geringem Einkommen handelt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

13. Abgeordneter
Schütz
(SPD)
- Soll die geplante Dekontaminierungsanlage über die Dekontaminierung des Molkepulvers hinaus weiter genutzt werden, und wenn ja, wofür?
14. Abgeordneter
Schäfer
(Offenburg)
(SPD)
- Wo sollen die radioaktiven Abfälle nach der vorgesehenen Dekontaminierung des Molkepulvers bis zur vorgesehenen Endlagerung zwischengelagert werden, und wie groß werden die entsprechenden Abfallmengen sein?
15. Abgeordneter
Schäfer
(Offenburg)
(SPD)
- Wie hoch wird das Molkepulver nach der Dekontamination noch mit Caesium belastet sein, und welche Verwendung ist dafür vorgesehen?

- | | |
|--|--|
| 16. Abgeordnete
Frau
Dr. Hartenstein
(SPD) | Wie lange wird voraussichtlich die „Pilotphase“ für das Roiner-Verfahren dauern, und ist nach Abschluß der Pilotphase eine Bewertung der großtechnischen Realisierbarkeit des Verfahrens vorgesehen? |
| 17. Abgeordnete
Frau
Dr. Hartenstein
(SPD) | Wieviel Molkepulver soll im Rahmen der Pilotphase dekontaminiert werden, und gibt es in der Bundesregierung Überlegungen zu Alternativen für den Fall, daß sich eine großtechnische Anwendung des Roiner-Verfahrens als nicht machbar erweist? |
| 18. Abgeordnete
Frau
Wollny
(DIE GRÜNEN) | Zu welchen spezifischen Standorten sollen gegebenenfalls defekte Castorbehälter gebracht werden, und welche Sicherheitsvorkehrungen gibt es hierfür entlang der spezifischen Transportstrecken und den jeweiligen Standorten? |
| 19. Abgeordnete
Frau
Wollny
(DIE GRÜNEN) | Kann die Bundesregierung ausschließen, daß es zum Bau oder der Installation einer heißen Zelle in Gorleben kommt, und wenn nein, wann ist damit zu rechnen? |
| 20. Abgeordneter
Müller
(Düsseldorf)
(SPD) | Wieviel Zeit wird der Bau einer großtechnischen Dekontaminierungsanlage benötigen, und welche tägliche Durchsatzmenge ist für diese Anlage vorgesehen? |
| 21. Abgeordneter
Müller
(Düsseldorf)
(SPD) | Ist auch für die 2000 Tonnen Molkepulver mit ca. 2000 Bq Caesium und die ca. 15 000 Tonnen mit 600 Bq bis 1 850 Bq Caesium, die sich noch in Besitz der Firma Meggle befinden, eine Dekontamination in Lingen vorgesehen? |
| 22. Abgeordneter
Dr. Lippelt
(Hannover)
(DIE GRÜNEN) | Welche Firmen verfügen zur Zeit über Genehmigungen und haben Anträge auf Genehmigungen gestellt, Plutonium oder Castorbehälter zu transportieren, und wann ist mit der Erteilung der Transportgenehmigungen für den spezifischen Antragsteller zu rechnen? |
| 23. Abgeordneter
Dr. Lippelt
(Hannover)
(DIE GRÜNEN) | Wie beurteilt die Bundesregierung die Unterlagen für den Bebauungsplan und die erste Teilerichtungs-genehmigung der Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf und das Unternehmen Deutsche Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen, das diese Unterlagen eingereicht hat, wenn beide Unterlagen vor Gerichten keinen Bestand haben, und denkt die Bundesregierung daran, ihren Einfluß geltend zu machen, daß ein anderes Unternehmen mit der Erstellung dieser Unterlagen beauftragt wird? |

24. Abgeordneter
Dr. Daniels
(Regensburg)
(DIE GRÜNEN)
- Hält die Bundesregierung die Gewerbesteuer-
vorauszahlungen der Deutschen Gesellschaft zur
Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen Wak-
kersdorf (DWW) an die Gemeinden in der Ober-
pfalz, sowie den Aufkauf von Grundstücken zu
dramatisch überhöhten, marktunüblichen Prei-
sen in dieser Region für eine Art von „Schmier-
geldzahlung“, und sieht sie hierin „geschäftsbü-
bliche Praktiken“ wie sie durch die Bestechungs-
affäre in der Nuklearindustrie öffentlich wurden?
25. Abgeordneter
Dr. Daniels
(Regensburg)
(DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Entschei-
dung des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs,
den Bebauungsplan für die Wiederaufarbei-
tungsanlage Wackersdorf für nichtig zu erklären,
und sieht sie dadurch den Entsorgungsnachweis
für deutsche Atomkraftwerke als nicht mehr ge-
geben an?

Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

26. Abgeordneter
Dr. de With
(SPD)
- Trifft es zu, daß der Bundesminister für das Post-
und Fernmeldewesen im Juli 1987 vom Leiter
der Bayerischen Staatskanzlei im Auftrag des
Bayerischen Ministerpräsidenten „bis zur Gren-
ze des Möglichen“ bedrängt wurde, die erste
Fernsehfrequenz für private Anbieter in
Deutschland nach München zu vergeben und
deshalb diesem Drängen sogar Erfolg beschie-
den war?
27. Abgeordneter
Dr. de With
(SPD)
- Kannte der Bundesminister für das Post- und
Fernmeldewesen bei der Übertragung jener
Fernsehfrequenz nach München für ein privates
Fernsehen deren Gesellschafter beziehungswei-
se Anbieter?
28. Abgeordneter
Dr. Glotz
(SPD)
- Trifft es zu, daß der Leiter der Bayerischen
Staatskanzlei mit „vielfältigen Interventionen
bei Bundespostminister Dr. Schwarz-Schilling
und Staatssekretär Dr. Florian“ versucht hat, die
angebliche „fast destruktive Haltung des Präsi-
denten der Oberpostdirektion München“ anzu-
prangern, um zu erreichen, daß der Privatsender
tv weiß-blau in München eine größere Reichwei-
te erlangt, nämlich durch Umschaltung zum
Olympiaturm?
29. Abgeordneter
Dr. Glotz
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Ansicht des Lei-
ters der Bayerischen Staatskanzlei, wonach der
Präsident der Oberpostdirektion München sich
„fast destruktiv“ verhalten habe?

30. Abgeordnete
**Frau
Dr. Dobberthien**
(SPD)
- Trifft es zu, daß die Deutsche Bundespost (DBP) beabsichtigt, daß bei der DBP teilzeitbeschäftigte Arbeiter und Arbeiterinnen Sonderurlaub nur noch dann erhalten sollen, wenn sie in einer Nebenabrede ihr Einverständnis zu einer Änderung der Eingruppierung bzw. der arbeitsvertraglich vereinbarten Wochenarbeitszeit bei Wiederaufnahme der Beschäftigung erklären?
31. Abgeordnete
**Frau
Dr. Dobberthien**
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Ansicht, daß eine solche Regelung eine Benachteiligung Teilzeitbeschäftigter, insbesondere teilzeitbeschäftigter Arbeiterinnen im Vergleich zu teilzeitbeschäftigten Angestellten ist?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

32. Abgeordneter
Schily
(DIE GRÜNEN)
- Ist der Bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß als „Sonderbotschafter“ von Bundeskanzler Kohl oder der gesamten Bundesregierung im Januar dieses Jahres nach Südafrika gereist, und sieht ihn die Bundesregierung besonders qualifiziert für eine solche Mission, weil nach der von Strauß neuerlich bekräftigten Auffassung die Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts auch für die schwarze Bevölkerung von Südafrika „weder der Gerechtigkeit noch der Freiheit dient, sondern dem Chaos den Weg bahnt“?
33. Abgeordneter
Schily
(DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung den „Erfolg“ der Südafrikareise von Ministerpräsident Strauß angesichts äußerst kritischer Stellungnahmen, nicht zuletzt aus Kreisen der südafrikanischen Kirchen und Gewerkschaften (Generalsekretär des südafrikanischen Rates der Kirchen, Frank Chikane: Die Reise von Strauß habe bewirkt, „daß unsere Schmerzen und unser Leiden noch größer werden“ laut Bericht Frankfurter Rundschau vom 28. Januar 1988, Seite 1)?
34. Abgeordneter
Verheugen
(SPD)
- Hat der Bundeskanzler den Bayerischen Ministerpräsidenten Strauß beauftragt, das südafrikanische Homeland Bophutatswana zu besuchen und dort die Forderung nach voller Anerkennung der staatlichen Souveränität von Bophutatswana zu vertreten?
35. Abgeordneter
Verheugen
(SPD)
- Hat der Bundeskanzler dafür Sorge getragen, daß die Regierung der Volksrepublik Angola von dem Treffen des Bayerischen Ministerpräsidenten Strauß, der im Auftrag des Bundeskanzlers in das südliche Afrika gereist war, mit dem Führer der angolanischen Rebellenbewegung UNITA, Jonas Savimbi, vorher unterrichtet wurde?

36. Abgeordneter
Büchler
(Hof)
(SPD)
- Aus welchem Grunde hat der Bundeskanzler mit der Reise in das südliche Afrika den Bayerischen Ministerpräsidenten Strauß und nicht den Bundesaußenminister Genscher beauftragt?
37. Abgeordneter
Büchler
(Hof)
(SPD)
- Wie beurteilt der Bundeskanzler Ergebnisse und Verlauf der Reise des Bayerischen Ministerpräsidenten Strauß im Hinblick auf die Tatsache, daß die führenden Vertreter der weißen und schwarzen Opposition in Südafrika sowie der südafrikanische Kirchenrat und die katholische Bischofskonferenz für das südliche Afrika Begegnungen mit dem Beauftragten des Bundeskanzlers abgelehnt haben?
38. Abgeordneter
Lutz
(SPD)
- Hat der Bundeskanzler davon Kenntnis gehabt, daß der von ihm mit einer Reise in das südliche Afrika beauftragte Bayerische Ministerpräsident Strauß sich bei seinem Besuch in Namibia vom Außenminister der illegal in Namibia anwesenden Macht Namibias, nämlich der Republik Südafrika, begleiten lassen würde?
39. Abgeordneter
Lutz
(SPD)
- Teilt der Bundeskanzler die Auffassung, die der von ihm mit einer Reise nach Südafrika beauftragte Bayerische Ministerpräsident Strauß vertreten hat, daß kein Land so unfair behandelt würde wie Südafrika?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

40. Abgeordneter
Hiller
(Lübeck)
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Auswirkungen der Vereinbarungen zwischen den Regierungen Schwedens und der Sowjetunion über den Verlauf der Grenze zwischen beiden Staaten in der Ostsee?
41. Abgeordnete
Frau
Ganseforth
(SPD)
- Ist der Bundesregierung die Praxis türkischer Konsulate in der Bundesrepublik Deutschland bekannt, türkischen Staatsbürgern, die ihren Paß verlängern lassen wollen, diesen zu entziehen, und was gedenkt sie, dagegen zu tun?
42. Abgeordnete
Frau
Ganseforth
(SPD)
- Wie wirkt die Bundesregierung auf die Regierung der Türkei ein, damit sie das Zusatzprotokoll der Europäischen Menschenrechtskonvention zur Abschaffung der Todesstrafe unterschreibt?
43. Abgeordneter
Schreiner
(SPD)
- Was wird die Bundesregierung tun, damit in der Türkei als Unterzeichnerstaat der Menschenrechtskonvention des Europarates künftig Folterungen und Mißhandlungen in Polizeigewahrsam und Gefängnissen unterbleiben, und wie verhält sie sich zu Bemühungen türkischer gesellschaftlicher Gruppen, eine unabhängige Kontrollinstanz zu schaffen?

44. Abgeordneter
Schreiner
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung – auch angesichts der mittlerweile von der Türkei eingegangenen Menschenrechtsverpflichtungen – die Forderung nach einer Amnestie für politische Gefangene in der Türkei?
45. Abgeordnete
Frau Wiczorek-Zeul
(SPD) In welcher Weise wirkt die Bundesregierung auf die Regierung der Türkei ein, damit die seit dem 17. November 1987 bei dem Versuch der Einreise in die Türkei verhafteten Generalsekretäre der illegalen kommunistischen Parteien der Türkei Nehat Fargin und Haydar Kutlu auf freien Fuß gesetzt werden, und welche Schritte hat die Bundesregierung unternommen, daß die Foltervorwürfe, über die in der türkischen Presse berichtet wurde, durch eine unabhängige Kommission, beispielsweise des Internationalen Roten Kreuzes, untersucht werden können?
46. Abgeordneter
Gansel
(SPD) In welcher Weise hat das Auswärtige Amt den Embargo-Ausschuß der Vereinten Nationen über das Verfahren der Oberfinanzdirektion Kiel in Sachen militärischer Kooperation zwischen Firmen in der Bundesrepublik Deutschland und Südafrika informiert?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

47. Abgeordneter
Schmidt (Salzgitter)
(SPD) Für wie dringlich hält die Bundesregierung steuerliche Erleichterungen für die 64 000 gemeinnützigen Sportvereine und die ehrenamtlichen Mitarbeiter, und welche Bedeutung mißt die Bundesregierung in diesem Zusammenhang den Forderungen und Argumenten des Deutschen Sportbundes bei?
48. Abgeordneter
Schmidt (Salzgitter)
(SPD) Wie bewertet die Bundesregierung die anhaltenden Beschwerden des Deutschen Sportbundes und der Sportvereine, daß die weitere Verzögerung der seit Jahren von der Bundesregierung zugesagten steuerlichen Erleichterungen für den gemeinnützigen Sport zu einer latenten Gefährdung des ehrenamtlichen Engagements der Vereinsmitarbeiter führt?
49. Abgeordneter
Lambinus
(SPD) Teilt die Bundesregierung die Beurteilung des Deutschen Sportbundes und dessen Mitgliedsorganisationen, daß die Beibehaltung der steuerfreien Jugend- und Übungsleiterpauschale von 2 400 DM jährlich kein besonderer politischer Erfolg ist, und ist die Bundesregierung bereit, ihre mehrfachen Zusagen für die Erhöhung der Jugend- und Übungsleiterpauschale von gegenwärtig 2 400 DM auf 3 600 DM jährlich einzulösen?

50. Abgeordneter
Lambinus
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, bei einer weiteren Verzögerung des Gutachtens der beim Bundesminister der Finanzen im Dezember 1985 eingesetzten Kommission zur Überprüfung des gesamten Gemeinnützigkeitsrechts, zumindest die steuerlichen Verbesserungen für den gemeinnützigen Sport umgehend einzuleiten, die mit grundsätzlichen Fragen der Gemeinnützigkeit (z. B. Erhöhung der von der Bundesregierung zugesagten Erhöhung der Jugend- und Übungsleiterpauschale von 2 400 DM auf 3 600 DM jährlich) nichts zu tun haben?
51. Abgeordneter
Klein
(Dieburg)
(SPD)
- Welche steuerlichen Erleichterungen für die 64 000 gemeinnützigen Sportvereine und die ehrenamtlichen Mitarbeiter hat die Bundesregierung im Zusammenhang mit der Steuerreform 1989 vorgesehen?
52. Abgeordneter
Klein
(Dieburg)
(SPD)
- Kann die Bundesregierung Hinweise aus dem Bundesministerium der Finanzen bestätigen, daß – unabhängig von den in Aussicht gestellten Empfehlungen der beim Bundesminister der Finanzen bereits im Dezember 1985 eingesetzten Gemeinnützigkeits-Kommission – steuerliche Erleichterungen für den gemeinnützigen Sport für 1989 nicht vorgesehen sind?
53. Abgeordneter
Büchner
(Speyer)
(SPD)
- Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung unternommen, um entsprechend der Ankündigungen des Bundeskanzlers in der Regierungserklärung vom 18. März 1987 die steuerliche Diskriminierung der ehrenamtlich Tätigen zu beseitigen?
54. Abgeordneter
Büchner
(Speyer)
(SPD)
- Wann gedenkt die Bundesregierung das „Wort des Bundeskanzlers“ einzulösen, das er mit der Zusage für steuerliche Erleichterungen der 64 000 gemeinnützigen Sportvereine und der ehrenamtlichen Mitarbeiter dem Präsidenten des Deutschen Sportbundes bereits am 26. Februar 1986 gegeben hat?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

55. Abgeordneter
Hiller
(Lübeck)
(SPD)
- Welche Hilfsmaßnahmen für die von einer weiteren Einschränkung ihrer Fanggebiete (bisherige Grauzone vor Gotland) betroffenen deutschen Fischer beabsichtigt die Bundesregierung, und sieht sie Möglichkeiten für eine Verbesserung der Ertragssituation der deutschen Fischer durch einen Tausch von Fangquoten in Verhandlungen mit der DDR?

56. Abgeordneter
Dörflinger
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß das Land Baden-Württemberg und die Schweizer Kantone Aargau, Basel-Land, Luzern, Solothurn und Thurgau ihre Jägerprüfung im Gegenrecht als gleichwertig anerkennen, wie der baden-württembergische Ministerpräsident Späth im Juni 1985 ausdrücklich schriftlich bestätigt hat?
57. Abgeordneter
Dörflinger
(CDU/CSU)
- Hält es die Bundesregierung angesichts ihrer Fürsorgepflicht gegenüber im Ausland lebenden Deutschen und angesichts der aus Artikel 3 des Grundgesetzes resultierenden Verpflichtungen für vertretbar, daß die Jagdbehörden in der Schweiz lediglich den Nachweis der deutschen Jägerprüfung verlangen, während die deutschen Jagdbehörden die in der Schweiz lebenden Deutschen zurückweisen, selbst dann, wenn sie seit über 20 Jahren ihren ständigen Wohnsitz in der Schweiz haben?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

58. Abgeordneter
Dr. Klejdzinski
(SPD)
- Wieviel Heizanlagen der Bundeswehr in Kasernenstandorten sind mit welcher vorgegebenen Heizleistung in den Jahren 1983, 1984, 1985, 1986 und 1987 erstellt oder modernisiert worden?
59. Abgeordneter
Dr. Klejdzinski
(SPD)
- Wie viele Heizanlagen in Bundeswehr-Liegenschaften müssen (noch) auf Grund von geänderten gesetzlichen Vorschriften modernisiert werden, und welche Energiepreise werden beim Abwägungsprozeß welche Energiearten eingesetzt werden sollen, als Entscheidungsgrundlage gewählt?
60. Abgeordneter
Leidinger
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß durch die im Bundeswehrstandort Feldkirchen abgestellten 92 Eisenbahnwaggons mit kontaminiertem Molkepulver eine Hochbehältertankanlage blockiert wird, wodurch Millionen Liter Treibstoff auf der Straße zum Umschlagplatz in dieser Kasernenanlage gebracht werden müssen, und welche konkreten Schritte hat die Bundesregierung eingeleitet, um die damit verbundenen Risiken und Umweltgefährdungen auszuschließen?
61. Abgeordneter
Leidinger
(SPD)
- Womit begründet die Bundesregierung, fast neun Monate nach Auslaufen der getroffenen Ressortvereinbarung zur Lagerung des verstrahlten Molkepulvers in Bundeswehreinrichtungen, die Aussage des Bundesministers der Verteidigung, er befinde sich weiter in der Pflicht zur

Amtshilfe, und wie gedenkt die Bundesregierung im Interesse der betroffenen Soldaten und der Zivilbevölkerung deren Rechte und Sicherheit zu gewährleisten?

62. Abgeordneter
Dr. Weng
(Gerlingen)
(FDP)

Ist die Bundesregierung bereit, mir entsprechend der Zusage von Bundesminister Dr. Wörner aus dem Berichterstattergespräch vom 22. September 1987 eine Antwort zu geben, die auch den positiven Ansatz des Bundesministers der Verteidigung berücksichtigt und eine klar terminierte Regelung für Gleichbehandlung von weiblichen Sanitätsoffizieren im Sinne meiner Bemühungen enthält?

Bonn, den 29. Januar 1988

